



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: 20-xxxx

Antrag öffentlich

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	23.04.2015

Guter Start für Hamburgs Kinder Antrag der Fraktion DIE LINKE

„ ‚Guter Start für Hamburgs Kinder‘ - ein eng miteinander arbeitendes Netzwerk in jedem Stadtteil“ in dem „Fachleute aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich zum Wohle von Kind und Eltern“ an einem Strang ziehen - so ist es nachzulesen auf hamburg.de zum Landeskonzept „Frühe Hilfen: Guter Start für Hamburgs Kinder“ aus dem Jahr 2014, welches zum Ziel hat, Schwangere, werdende Väter und Familien noch früher zu unterstützen. In der Presseerklärung vom 13.02.2014 heißt es: „Hierzu steht Familien in Hamburg ein gut abgestimmtes und differenziertes Netzwerk Frühe Hilfen zur Verfügung.“

Wie von der Bezirksamtsleiterin Leiterin Frau Dr. Melzer bestätigt ist, für die Koordination und Durchführung der jeweilige Bezirk zuständig. Hier wieder hamburg.de: „In jedem der sieben Hamburger Bezirksamter organisiert eine Netzwerkkoordinatorin bzw. ein Netzwerkkoordinator das Zusammenwirken der regionalen Netzwerke.“

Der aktuelle Fall einer Schwangeren aus einer Altonaer Flüchtlingsunterkunft zeigt auf, dass der Bezirk dieser Aufgabe anscheinend in Flüchtlingsunterkünften nicht nach kommt.

Jedes in Hamburg geborene Kind ist ein Hamburger Kind. Jedem Kind und seiner Mutter bzw. seinen Eltern ist eine optimale gesundheitliche und psychosoziale Versorgung zu sichern. Mit dem Programm „Guter Start für Hamburgs Kinder“ sollen gerade auch Kinder und Familien erreicht werden, die ansonsten keinen Zugang zum regionalen Hilfeangebot bekommen. Das erfordert neben einer regelmäßigen Präsenz in den Flüchtlingseinrichtungen auch muttersprachliche Kräfte bzw. DolmetscherInnen. Fehlender (niedrigschwelliger) Zugang zu regionalen Hilfsangeboten, unabhängig von Nationalität und Papierstatus, konterkariert jede gesunde psychische und physische Entwicklung und verhindert eine integrative Teilnahme am direkten Umfeld.

Die Bezirksamtsleitung wird nach § 19 (2) BezVG aufgefordert, das regionale Hilfsangebot (wie z.B. Schwangerenberatung, Hebammen, Mütterberatungsschwestern, Eltern-Kind- Zentren und natürlich Elternschulen) sicherzustellen und gerade auch für Flüchtlinge grundsätzlich zu öffnen.

Desweiteren wird der Bezirk aufgefordert, sich bei der Fachbehörde dafür einzusetzen, das die Hansestadt Hamburg in einem ersten Schritt zum 01.07.2015 ihre finanziellen Mittel für Hebammen, Schwangeren Beratung und Eltern Kind Zentren um mindestens 100.000,00 € pro Bezirk aufstockt, hilfsweise dadurch, dass der Bezirk entsprechend den

seit 1.1.2015 geltenden Regularien der Doppik der BIS bzw. der BASFI Rechnungen schreibt, in denen die ärztlichen Leistungen des Bezirks für die Betreuung von Kindern, Kleinkindern und Neugeborenen liquidiert werden.

Petition:

Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.